

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auch Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 4. November 1909.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 128.

Mansfeld!

Seit einigen Wochen können unsre Kollegen lehrreiche Betrachtungen darüber anstellen, wie es mit den „vollendeten Rechtsgarantien“ des Arbeiters einem prozigen Kapitale gegenüber in der Praxis liegt und steht. In dem mansfeldischen Bergreviere (Mansfeld, Eisleben, Helbra, Hettstedt, Klostermansfeld, Alsdorf, Wolfersode, Gerbstädt usw.) stehen etwa 8—9000 Bergleute im Streik, in den sie von den Berggewaltigen hineingezwungen worden sind. Wer einigermaßen die Bergleute kennt, weiß, daß keine Arbeiterkategorie schwerer sich zur Ultima ratio entschließt, daß erst die Verhältnisse unerträglich geworden sein müssen, daß dann aber auch wie mit einem Schlage der Bergmann zur Tat schreitet. So im Laufe der Jahre im Saarabischen, in Sachsen, Schlesien, Westfalen und jetzt im Mansfeldischen.

Mit Ausnahme der mitteldeutschen Kollegen werden die meisten unsrer Leser kaum jemals etwas von der „Mansfelder Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft“ gehört haben, die in ihren Bergwerken und in ihren Schmelzhütten usw. etwa 21000 Berg- und Hüttenleute beschäftigt. Die Mehrzahl dieser Bergleute — etwa 12000 — war seit Jahren (1890) in sogenannten „reichstreuen Vereinen“, die von der Bergdirektion ins Leben gerufen wurden, „organisiert“. Diese reichstreuen Vereine dienten dem ausgesprochenen Zweck, eine bedingungslos der Gewerkschaft ergebene Arbeitertruppe — unter Verzicht auf jeden eignen Willen — in totaler Abhängigkeit vom Grubentapitale zu erhalten und in diesen Vereinen den Kampf gegen die Sozialdemokratie und jede Gewerkschaftsrichtung, die nicht mansfeldisch-reichstreu, zu führen. Einige „Wohlfahrtsvereine“, deren Zweck in der Befreiung der Bergleute gipfelt, „krünten“ die mansfeldische „Sozialpolitik“. Aber wie stand es mit den Löhnen, wie mit der Behandlung, wie mit dem Arbeiter als Menschen?

Darauf gibt der gegenwärtige Ausstand Antwort. Nur ein Fall von vielen, die sich in diesen Wochen ereigneten. In einer Versammlung in Hettstedt schilderte, wie wir der Tagespresse entnehmen, eine arme Bergmannsrau unter Tränen ihr Leid, schilderte, daß sie schon mehrere Jahre hindurch mehrfach in jedem Monate tagelang kein Brot gehabt, daß sie mit ihren Kindern hungern müsse, und weinend bestätigten Hunderte von Frauen die Richtigkeit dieser Angaben! Deshalb heißt es wohl auch so schön in einem alten Bergmannslied:

Drum hat uns Gott die Gnad' gegeben,
Daß wir vom eblen Bergwerk leben!

Leben? Siehe oben. Und welches Verständnis finden diese Klagen bei den zuständigen Stellen? Als der Vorsitzende Sachse des Deutschen Bergarbeiterverbandes dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Herrn Oberbürgermeister Dittrich in Leipzig — die Stadt Leipzig ist am stärksten beteiligt und hat etwa 7000 Ruze jener Berg- und Hüttenwerke —, die Weiden der Mansfelder Knappen vortrug, meinte Herr Dittrich — nach dem „Vorwärts“ —, „daß er sich nicht in die Direktiven der Verwaltung hineinmischen dürfte, und als Sachse ihm sagte, daß Hauer unter 3 Mk. verdient hätten, die Bergmannsrauen in Versammlungen erklärten, daß sie Hunger leiden müssen, erwiderte der Bürger-

meister der ‚freien‘ Seestadt Leipzig, daß man bei einem Lohne von 3 Mk. doch nicht zu hungern brauchte! Herr Dittrich, der alljährlich Tausende an Lantienen aus der Gewerkschaft und dem Schweiße dieser armen Bergleute einfaßt, erachtet einen Lohn von 3 Mk. als ausreichend für einen Bergmann, und dieser Mann nennt sich — liberal!“ Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß ein Antrag der Leipziger sozialdemokratischen Stadtverordneten: „Das Kollegium wolle beschließen, die Anfrage an den Rat zu richten, ob er bereit ist, Auskunft zu geben über Verhältnisse im Mansfelder Bergbaurevier, und ob der Rat geneigt ist, seinen Einfluß zur Beilegung des Streiks geltend zu machen“, wegen „Unzuständigkeit“ abgelehnt wurde. Nur zwei bürgerliche Stadtverordnete hatten den Antrag der Sozialdemokraten unterstützt. Herr Oberbürgermeister Dittrich enthielt sich bei dieser Debatte jeder Äußerung, obwohl er seinerzeit mündlich der Streikdeputation erklärt hatte, daß er persönlich, als Privatmann, nichts gegen die Organisationszugehörigkeit der Bergleute einzuwenden habe. Als Oberbürgermeister und Vorsitzender des Aufsichtsrats erklärt er sich mit den mansfeldischen Unterdrückern solidarisch.

Warum mußten aber die Bergleute in den Streik treten, warum nahm dieser so riesige Dimension an, warum zerbrach über Nacht die Schutzmacht der reichstreuen Vereine? Die Gewalttätigkeiten des Oberberg- und Hüttendirektors Dr. Bogelsang — in Bergarbeiterkreisen wird dieser Sängernie wieder vergessen werden als Typ nacktester kapitalistischer Willkür — geben auch hierauf eine Antwort. Seit kurzer Zeit haben sich einige Tausend Bergleute im Mansfelder Reviere dem Deutschen Bergarbeiterverband angeschlossen, also laut § 152 der Gewerbeordnung von dem jedem Arbeiter garantierten Rechte der Koalition Gebrauch gemacht. Das veranlaßte Herrn Dr. Bogelsang zu der klaffischen Erklärung: „Wie ich als preussischer Offizier auf den Ruf des Königs in den Kampf ziehen und auf dem Schlachtfelde bis zum letzten Atemzug aushalten werde, so ist es mir in meinem Amt als gewerkschaftlicher Oberberg- und Hüttendirektor die peinlichste Pflicht, vor dem Ansturm der Sozialdemokratie auch nicht einen Schritt zurückzuweichen.“ In der Presse veröffentlicht die Gewerkschaft ebenso deutlich wie arbeiterfeindlich einen Artikel, in der es heißt: „daß die Direktion von jeder keinerlei Organisationsbestrebungen in ihrer Arbeiterschaft gebildet habe“; „die Gewerkschaft wolle Herr im Hause sein“; „die Organisation sei gesetzlich erlaubt, werde aber von der Gewerkschaft nicht gewünscht“; „es würde mit allen Mitteln gegen dieselbe (Bergarbeiterverband) vorgegangen werden“ usw. Und zur Bekräftigung dieses ihres Standpunkts warf der Direktor Bogelsang plötzlich 45 Bergarbeiter, die vom Koalitionsrechte Gebrauch gemacht hatten, aufs Pflaster, darunter Leute, die bis zu 35 Jahren ununterbrochen im Dienste der Grube standen. Über die Folgen dieser Brutalität berichtet das „Korrespondenzblatt“:

Die Belegschaftsversammlung versuchte diese Maßregel rückgängig zu machen und wählte eine Kommission,

die beim Betriebsführer und Abteilungschef vorstellig wurde — aber ohne Erfolg. Es wurde ihr erklärt, die Entlassung sei erfolgt wegen unliebsamen Betragens in und außer dem Arbeitsverhältnis. Auf den Vorhalt, daß der Obersteiger den Entlassenen ausnahmslos tadellose Führung im Arbeitsverhältnis bescheinigt habe, antwortete der Direktor, der Obersteiger könne nicht alles wissen. Die Kommission begab sich zum Generaldirektor und wurde in dessen Abwesenheit von dessen Stellvertreter, Landesrat Thewes, empfangen, der ihnen erklärte, die Leitung wolle nur mit Reichstreuen zusammenarbeiten, die ihr in und außer dem Arbeitsverhältnis treu seien. Sie habe das Recht in Händen und könne sich die Leute aussuchen, wie sie wolle. Von da ging die Kommission zum Bergrate Schmieleu mit der Bitte um Vermittlung. Dieser erklärte, nichts machen zu können. Auf den Ernst der Situation aufmerksam gemacht, hielt der Herr einen größeren Streik für ausgeschlossen. Es sei gemäß das gute Recht der Bergleute, sich zu organisieren, aber sie hätten wissen müssen, daß es die Kupferschiefer bauende Gewerkschaft nicht gewollt habe. Nummehr beschloß eine Riesenversammlung zu Hettstedt am 6. Oktober, das Oberbergamt zu Halle als Einigungsamt anzurufen. Die Kommission fand weder den Oberberghauptmann noch den zuständigen Revierbeamten anwesend. Ein Bergat frag bei der Mansfelder Grubendirektion an, ob sie die Vermittlung des Oberbergamts annehme. Herr Bogelsang lehnte jede Einmischung, gleichviel, woper sie komme, ab. Er verhandele nur mit dem Arbeiterausschusse seines Werks. Diesem aber hatte er zwei Tage vorher erklärt, daß er sich auf nichts einlasse. Nicht die geringsten Zugeständnisse würde er machen, sonst würde ja der Verband jubeln. Der Ausschuß solle die Leute nur auffordern, an die Arbeit zu gehen, dann würden die Leute schon folgen.

Es schlen einem wirklich die Worte, um eine solche brutale Provokation, eine solche Verhöhnung der gesetzlichen Rechte der Arbeiter nach Gehilr zu geißeln. Als uneingeschränkter Herr der Situation pfeift der Grubekapitalismus nach jenem berühmten Worte des Herrn Stinnes: „Die Minister können uns sonst was!“, auf Gesetz und Recht und diktiert den Gefährlichen Gruß den armen, in des Wortes buchstäblichen Sinn, Arbeitsklaven. Da gibt es kein Versteckspiel, keine heuchlerischen Ausreden, Klipp und Klar und herrschgewaltig heißt es, der Arbeiter ist bei uns rechtlos. Will er nicht in unseren gelben Vereinen nach der vogelfängerischen Pfeife tanzen, dann raus mit den Knumpeln, mügen sie mit Weib und Kind hungern oder betteln gehen. „Wir“ sind „Herren im Hause“, der Arbeiter hat in nichts etwas hineinzubringen, sintermalen ein vernünftiges Mitreden der Arbeiter bei der Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse einen „sozialdemokratischen Ansturm“ bedeutet, den ich als Offizier des Königs auch in „meinem“ Betriebe zurückzuweisen habe! Verrreicher ist wohl noch nie bei den Kämpfen der deutschen Arbeiter hervorgetreten, daß die Gesetzgebung zum Schutze der Arbeiter einen Sieb gleich, in das man Wasser schüttet. Nackter hat sich die kapitalistische Herrschaft über Gesetz und Regierung noch niemals gezeigt als in diesem Streik. Aber „eine Grenze kennt Tyrannenmacht“, sagt nicht umsonst Schiller, und das hat sich hier bewahrheitet. Als beim Ausbruch der Differenzen der Direktion gesagt wurde, daß, falls sie auf ihrem unverwundlichen Standpunkte verharren würde, es zum Streik komme, lachten die Herren Direktoren höhnlisch und taten diese Bemerkung mit einer verächtlichen Handbewegung ab: „Ein Streik in Mansfeld? Nicht denkbar! Dafür schicken uns unsre 12000

reichstreuen Verbandsmitglieder!" Bald 20 Jahre lang hat man es in Mansfeld verstanden, die Berg- und Hüttenarbeiter von der Arbeiterbewegung fernzuhalten und in gelben Ver-einen für die Profitgucht des Grubenkapitals zu dressieren versucht, und dieser ganze Zauber ist über Nacht verfliegen, so daß heute im ganzen Grubenreviere das Wort „reichstreu“ als ein Schimpfwort gilt! So weit hat es die Drangsalierung und die Entrechtung der Bergarbeiter und der an ihnen geübte Raub der Menschenwürde gebracht. Zugleich ist das aber auch ein lehrreiches Beispiel für jene Scharfmacher in anderen Industrien und Gewerben, die glauben, man brauche bloß eine gelbe Gewerkschaft zu züchten, um den Organisationsgedanken der Arbeiter und dessen Konsequenzen ausschalten zu können. Dazu ist es bei der heutigen wirtschaftlichen Entwicklung der Dinge zu spät, der Arbeiter läßt sich nicht auf die Dauer niederhalten. Ein verständiges Entgegenkommen bedeutet den Frieden, der Haß und der Kampf gegen Arbeiterorganisationen bedeutet den wirtschaftlichen und sozialen Krieg in Permanenz.

Diesem seien wir jetzt im Mansfeldischen in festigster Weise entbrennen. Alle Versuche des Verbandes, der Arbeiterauschüsse und dritter Personen zur Beilegung des Streiks scheiterten bisher an dem unversöhnlichen Standpunkte des Dr. Vogelsang. So hat er z. B. auf ein kürzlich an ihn gerichtetes Schreiben des Arbeiterauschusses, ob er geneigt wäre, den Ausschuß oder eine dreigliedrige Deputation zu empfangen, um auf Grund einer Notiz in bürgerlichen Zeitungen „in eine Einigungs-verhandlung zur Beilegung des Streiks eintreten zu können“, erwidert:

Auf die Anfrage vom heutigen Tag erwidere Ihnen, daß ich Ihrem Wunsche zu meinem Bedauern nicht zu entsprechen vermag, da sämtliche Unterzeichnete des Schreibens aus der Belegschaft und damit aus ihrem Amt als Arbeiterauschussmitglieder ausgeschieden sind. Ich kann daher nur empfehlen, daß die Kameraden von Ihnen, welche ihre Weisheit genommen haben und in ihr früheres Arbeitsverhältnis zurückkehren wünschen, sich an die Herren Betriebsführer wenden.

Wirklich reizend. Erst wirt Herr Vogelsang den Arbeiterauschuss hinaus, und dann kam er mit ihm nicht mehr unterhandeln, „da sämtliche Unterzeichnete des Schreibens aus der Belegschaft und damit aus ihrem Amt als Arbeiterauschussmitglieder ausgeschieden sind!“ Im übrigen fordert er, der Provocateur dieses Streiks, bedingungslose Unterwerfung der Streikenden. Der von der Streikleitung angerufene preussische Handelsminister lehnt ebenfalls jede Vermittlung ab, da er bei den „prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten“ der Parteien es ablehnen müsse, sich in den Streik zu mischen. Wenn der Arbeiter sein ihm gesetzlich zugesprochenes Recht fordert und wird deshalb mit Kind und Regel und Saß und Paß vor die Tür gesetzt, so find das bei einem preussischen Minister „prinzipielle Meinungsverschiedenheiten“!

Inzwischen wird im Mansfelder Kreise, der mit samt seiner ganzen Bewohnerchaft und seinen Behörden in Abhängigkeit von der Bergverwaltung steht, das denkbar Höchste an Terrorismus gegen die Streikenden geleistet. Geistliche, Knappchaftsärzte, Gendarmen, Ortsvorsteher usw. geben sich die größte Mühe, auf die Frauen der Streikenden, Wirte, Geschäftsleute, Hausbesitzer im Sinne der Bergverwaltung einzuwirken. Der Streikleitung (Sachse, Hausmann, Leimpeters) wurde in Helbra die Unterkunft in den Gasthöfen verweigert, und um das Maß voll zu machen, hat man gegen das Säuflein ausgevergelter Bergarbeiter auch noch Militär ausgeboten: 1200 Mann Infanterie mit vier Maschinengewehren, mehrere Eskadrons Kürassiere und etwa 200 Gendarmen!

Zu all dem bisherigen schloß bloß noch die Illustration dazu, daß der Kapitalismus auch der Gebieter über Leben und Tod ist. Vier zerbrochene Fahrräder und einige angepöckelte Arbeitswillige — Vorkommnisse, wie sie leider, aber erkällich, bei jedem größeren Streik unausbleiblich sind — mußten dazu herhalten, Militär in das Streitgebiet bringen zu können. Mit Maschinengewehren das Koalitionsrecht der Arbeiter zu demonstrieren, ist kein übler Witz, wenn auch ein buchstäblich blutiger.

Das bietet man Arbeitermassen, die 20 Jahre „reichstreu“ gelebt und gestimmt haben, beim ersten Versuche, sich auf ihre gesetzlichen Rechte und ihre Menschenwürde zu besinnen! Diese Maßnahme muß derart aufreizend und verbitternd auf die Bergleute wirken wie keine andre, zumal die ins Bergreviere gesandte Infanterie aus Söhnen jener Gegend sich zusammensetzt. Also die Probe aufs Exempel: eventuell auf Vater und Mutter schießen! Und die Halberstädter Kürassiere, die mit den 16. Ulanen den Todesritt bei Mars la Tour geritten, ob sie bei einer eventuellen Attacke auf Lehrhäuser, Frauen der Streikenden und alte Bergleute das Freiligrath'sche Lied aus jenen Tagen singen würden:

Die Säbel geschwungen, die Zäume herunterhängt,
Tief die Lanzen und hoch die Fahnen!
So haben wir sie zusammengesprenzt,
Kürassiere wir und Ulanen?

Alles das bloß deshalb, weil der Mansfelder Bergmann Mensch sein will! Ein Menschenleben lang in den niedrigen Stollen frondend, licht- und sonnenlos, ein kümmerlicher Lohn, dabei in der Bergverwaltung, in konservativ-antisemitischen Parlamentsvertreteten seine Wohlthäter erblickend, reichstreu und gottesfürchtig, so hat der Mansfelder Bergmann sein Dasein zugebracht, bis ihn schmetternder als die Postame des jüngsten Gerichts die auf ihn gerichteten Maschinengewehre ins wirkliche Leben zurücktrieben. Sie waren der Anfang vom Ende der bedingungslosen Herrschaft der Bergverwaltung, der Anfang einer besseren Zukunft der Belegschaften im Mansfelder Bergreviere. Und zwar durch die Organisation, die nicht wieder zerstört werden kann trotz aller Vogelsänger und Vogelsänger. Was hat das Militär nun bisher dort zu tun gehabt? Ein Fuhrmann und ein Dienstmädchen wurden aus natürlchem Ueberseer arretiert, im übrigen herrscht die Epidemie der Langerweile bei den Soldaten. Bloß die Wirkung dieser Entsendung bleibt auch nach dem Abzuge der Soldaten noch bestehen. Das ist das Schlimme — aber nicht für die Arbeiter.

Das Schönste ist noch, daß Herr Vogelsang jetzt die Verantwortung für die Grenzschützung des Militärs ablehnt, er erklärte nach Zeitungsmeldungen, er habe kein Militär verlangt, das habe der Landrat von Mansfeld bestellt. Noch schöner ist, daß die armen Gemeinden die Kosten der Verpflegung des Militärs zu zahlen haben. Mit seinen Hungergrößen muß der Bergmann jetzt noch für diese Kosten mit aufkommen, die verursacht sind, weil der Arbeiter sich länger nicht mehr als purer Sklave fühlen will. Wenn diese Saat aufgeht, dann mögen die Herren wissen, daß sie sie gesät. Die Sozialdemokratie kann sich auf lange hinaus jedweder Agitation im Mansfeldischen enthalten, das besorgt für sie jetzt der „Genosse“ Vogelsang.

Auf Grund des weiter oben angeführten Schreibens des Direktors Vogelsang — und da weitere Bedingungen nicht gestellt waren — und um nicht dem Vorwurfe zu begegnen, die Streikenden hätten den Frieden nicht gewollt, beschloß die Streikleitung, daß auf jedem Schachte drei Mann sofort bei ihrer Betriebsleitung vorstellig werden und unter Hinweis auf das Antwortschreiben des Herrn Vogelsang anfragen mußten, ob und unter welchen Bedingungen sie und ihre Kameraden wieder anfahren könnten. Das Ergebnis dieser Anfrage war ein völlig negatives, denn auf keinem Schachte sollte der Verband gebildet werden. Die Delegierten erklärten, nach diesem Ergebnis unbedingt im Kampf auszuharren, möge kommen, was da wolle. Die Knappen Mansfelds hätten allzulange die geistige Knechtschaft bei Hungerlöhnen ertragen, hätten allzulange die reichstreu Schmach erduldet, und zähneknirschend die Gefinnungslumperei mitgemacht — nie dürften sie wieder in die alte Sklaverei zurückkehren. Nicht um Lohn, nicht um Forderungen handele es sich bei diesem Kampfe, durch die die Gewerkschaft in ihren Einkünften geschmälert werde, sondern um Menschenrechte, um die Freiheit des Staatsbürgers, um das höchste Ideal: Das Recht der Knappensolidarität über ganz Deutschland! „Wir haben uns im Bergarbeiterverbände verbunden mit unsren Brü-

bern in ganz Deutschland, wir wollen mit ihnen verbunden bleiben, und sollte es Kopf und Kragen kosten! Nur dann fahren wir an, wenn alle anfahren und alle im Verbände bleiben dürfen.“ In zehn Belegschaftsversammlungen, die im ganzen Reviere stattfanden, wurde einstimmig beschlossen, im Kampf auszuharren.

Mit wenigen Ausnahmen hat die bürgerliche Presse für die gemäßigtesten Mansfelder Bergleute nichts übrig. Charakteristisch für das Leiborgan des Gutenbergbundes ist es, daß das christliche „Reich“ zu schreiben magt:

Die Kosten des Streiks werden die Ausständigen leider selbst zu tragen haben. Erfahrungsgemäß haben die Sozialdemokraten wohl Hunderttausende von Mark für russische und spanische Revolutionäre übrig, aber keine regelmäßige, ausreichende Streikunterstützung in solchen Fällen wie im Mansfeldischen Revier.

Unser Leser kennen diese Mummiaden. Die Sozialdemokratie hat mit diesem Streite nicht das geringste zu tun, und für die Unterstützung der Streikenden sorgt der Deutsche Bergarbeiterverband. Sollten diesem auf die Dauer allein die Lasten zu groß werden, würde die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung mit Freuden das nötige Kapital zur Verfügung stellen, denn die Vogelsängerei ist die Scharfmacherei, und was diese von den Mansfelder Bergleuten verlangt, ersieht sie heißen Herzens für die Gesamtarbeiterschaft. Darum ist der Mansfelder Streik Sache aller Arbeiter, denn, das sollte das „Reich“ wissen, Herr Vogelsang duldet nicht einmal den Gewerksverein christlicher Bergleute! Hoffen wir, daß dem Rechte sein Recht wird, und in diesem Sinne den Streikenden ein herzlichliches Glück auf!

Aus dem Auslande.

Romanische Schweiz. Am 1. Oktober erhielt der Prinzipal Rindig in Genf einen 52 Unterschriften seines Personals tragenden Brief, in dem dieser gebeten wurde, den Maschinenmeister Dietrich, einen dümmelhaften und rohen Menschen, zu entlassen. Dies geschah am folgenden Tage. Dietrich, der 31 Jahre bei dieser Firma gegen einen Monatslohn von 250 Franken beschäftigt gewesen war, klagte sowohl gegen den Vorstand der Mitgliedschaft als auch gegen den Kollegen Berggute, den er wohl für den Urheber des ihm Widerfahrenes hielt. „Doch war es mit den 5000 Fr. Entschädigung nichts. Das Gericht wies Dietrich ab und verurteilte ihn in die Kosten.

Frankreich. In einer der letzten Sitzungen des Zentralkomitees der französischen Bucharbeiter erfolgte die vorläufige Festsetzung der Tagesordnung für die Generalversammlung, die in der zweiten Hälfte des Juli nächsten Jahres in Vorbeaug stattfindet. Verhandelt sollen werden: Generalbericht über die Haltung des Zentralkomitees gelegentlich des Streiks 1906 (Neunstundentag), des 24stündigen Ausstandes im August 1908 und der Bewegung der Pariser Maschinenfeger im Januar 1909. Ferner sollen zur Besprechung kommen: Generalausstand, Taktik des Verbandes, Verallgemeinerung des Neunstundentags, verhältnismäßige und bezirksweise Vereinheitlichung des Lohns, Schmachtfabrik, Frauenarbeit, Statutenänderungen (Unterstützung der Kranken und Arbeitslosen betreffend). In einem sehr klar geschriebenen Artikel des französischen Verbandsorgans vom 16. Oktober (am 22. schon in Leipzig eingetroffen!) bespricht Reuser die einzelnen Punkte der Tagesordnung und ladet die Kollegen ein, ihre Ideen, Wünsche, Anträge usw. dem Vereinsorgan anzuvertrauen. Interessant für uns Deutsche ist Reusers Erklärung, daß er „auf die Gefahr hin, gesteinigt zu werden“, einem Zusammengehen mit den organisierten Prinzipalen das Wort rede.

Unter den Einnahmen der Verbandskasse im zweiten Quartale findet sich ein Posten: Zuwendung des Arbeitsministeriums für die Arbeitslosenunterstützungskasse: 7203 Fr. Diese Summe kam der französischen Organisation sehr gelegen, denn der Kassenbestand vom 30. Juni (137831 Fr.) ist 3000 Fr. geringer als der vom 31. März (146169 Fr.) über 30000 Fr. wurden allein für Ausstände ausgegeben, davon 12000 Fr. für den verlorene in Mayenne, 4000 Fr. für den in Marfeille, über 3500 Fr. für den Streik in Caen. Den etwa 60 seit Jahresbeginn immer noch nicht untergebrachten Pariser Maschinenfegern wurden 9000 Fr. gewährt.

In Lille dauert der Streik schon über zwei Monate. Im „Etoile de l'Est“ in Nancy ist die Bewegung gleichfalls noch nicht beendet.

Die Anontypengesellschaft wird wegen ihrer übertriebenen Reskame im Verbandsorgan abgefangelt. Bei zehnstündiger Arbeit (der Tarif kennt nur acht Stunden) würden täglich 70—90000 Buchstaben gesetzt, ja, Leistungen bis zu 100000 stündlich würden erreicht. Im Prospekt dieser Schmachtfabrik wird vorgeschlagen, Frauen an die Typapparate zu setzen, und ihnen für das Tausend 6—10 Cts. zu geben, oder sie sollten in festem Tageslohn zu 4—5 Fr. beschäftigt werden. So käme, alle Ausgaben (elektrische Kraft, Papier usw.) inbegriffen, das Tausend auf 33, bei Neuaufgaben sogar nur auf 16—18 Cts.

Das in Deutschland vielgelesene „Petit Journal“ wird noch immer von den französischen Kollegen kopiert. Auch der „Petit Parisien“ teilt dieses Schicksal. Die Kollegen Gaulle und Burgard, vom Zentralkomitee abgelöst, konnten vom Direktor Dupuy, dem jetzigen französischen Handelsminister, nicht erreichen, daß die Frauarbeit dabeilbst abgeschafft werde. Dupuy erklärte u. a., die Gründung jener famosen Gesellschaft von Maschinenlehmern veranlaßt zu haben.

Zu dieser Sache — Herstellung von Maschinenfabrik — nahm der Ausschuß des Pariser Gelehrtenvereins das Wort. Er behauptet, daß der deutsche und österreichische Verein so leicht Stellung genommen hätten, da sie nur unvollkommen unterrichtet seien. Dem französischen Zentralkomitee wird Pflichtmangel vorgeworfen. Dieses macht den Pariser den gleichen Vorwurf, und das mit weit mehr Berechtigung.

Ungarn. Im dritten Kongresse der ungarischen Buchdrucker und Schriftgießer in Budapest nahm vom Verbanke der Deutschen Buchdrucker zum ersten Male Kollege Döblin an den (viertägigen) Verhandlungen teil. Der ungarische Verband entsandte 175 Delegierte, 100 allein aus der Hauptstadt des Landes. Das ist mehr als reichlich, wenn man in Betracht zieht, daß die ungarische Organisation nur 6318 Mitglieder zählt (4830 allein in Budapest). Auch das ungarische Verbandsorgan befand, daß eine solche Vertretung — auf 36 Mitglieder ein Delegierter! — des Guten denn doch wirklich zu viel sei und führte es lebhaft auf die Masse der Beratungspersonen zurück, wenn die Verhandlungen statt der vorgeesehenen drei gar vier Tage in Anspruch nahmen, ohne daß man dann mit der Tagesordnung vollständig fertig geworden wäre. Darauf sei ferner auch der bedauerliche Umstand zurückzuführen, daß Punkte von weittragender Bedeutung mit fast stoischer Ruhe erlegt wurden, während bei der unbedeutendsten Personenfrage alles in Ekstase geriet. Der Vergleich, daß in Deutschland auf 500 Mitglieder erst ein Generalversammlungsvertreter entsandt, Österreich bei der doppelten Mitgliederzahl wie Ungarn auf seiner letztmaligen Generalversammlung überbaute nur 33 Delegierte sah, Ungarn jedoch schon auf 36 Mitglieder einen Vertreter in sein Parlament entsendet, ist in der Tat verblüffend. Wenn die Demokratie so weitgehend zu ihrem Rechte kommt, müßte eigentlich ja alles bestens bestellt und in Butter sein, was die Verhältnisse bei unsren ungarischen Kollegen betradtet, jedoch keineswegs als erwiesen gelten kann. Die zu 94,78 Proz., also gegen früher, wo leider aus diesem Lande ganze Arbeitswillensharen nach Deutschland kamen, vorzüglich organisierten Buchdrucker und Schriftgießer Ungarns besitzen eine zweifache Organisation. Der Unterstützungverein besteht schon über 48 Jahre, ist die älteste Gewerkschaft Ungarns und bildet die Mutterorganisation, nicht nur der Buchdrucker, sondern der ungarischen Arbeiter überhaupt. Mit dem weiteren Bestehen eines Fachvereins wird nun in erster Linie den politischen Zuständen in Ungarn Rechnung getragen, die Wege geboren haben, welche den Gewerkschaften sehr enge Grenzen ziehen. Die gebräuchliche Benennung des Fachvereins als „Freie Organisation“ sagt ja schon deutlich, daß die ungarischen Kollegen nicht aus Vernünftigen sich in ihrer Organisationsform solche Erschwerungen machen. Die vor einiger Zeit angeregte Zusammenlegung beider Vereine konnte deshalb noch nicht als zweckdienlich empfohlen werden. Als ein großer Fortschritt konnte im Mai d. Z. die seit drei Jahren in der Schwebe befindliche Sanction des Statuts des Unterstützungvereins durch die Regierung bezeichnet werden. Die genehmigten Änderungen sind weittragender Natur. So ist die Bevormundung durch einen Prinzipalspräsidenten gefallen. Die Provinzmitglieder können Zweigvereine bilden und haben das Recht, Delegierte zur Generalversammlung zu entsenden. Mit der unter den ungarischen Kollegen herrschenden argen Restantenvirtschaft kann nun gründlich aufgeräumt werden. Wenn das neue Statut in dieser Beziehung einen auch vom „Gutenberg“ begrüßten kräftigen Fortschritt brachte, läßt sich ermeinen, wie sehr das alte dem Unterstützungverein als Bleigewicht anhang. Der zur Besprechung stehende dritte Kongreß zielt darum auch in zwei Teile. Wir wollen uns jedoch nicht ängstlich an diese Formalitäten halten und berichten deshalb in Kürze, daß das Statut einer zeitgemäßen Änderung unterzogen wurde und ein sogenanntes Geschäftsordnungsnormativ Annahme fand. Bei Erörterung des wichtigsten Tagesordnungspunktes: Kündigung des Tarifs, wurde, nachdem im besondern Kollege Döblin mit großem Beifall aufgenommene Ausführungen über die Notwendigkeit einer Tarifgemeinschaft mit den Prinzipalen gemacht, ein Beschluß dahingehend gefaßt, daß nur ein Antrag auf Revision des mit April nächsten Jahres ablaufenden Provinztarifs gestellt werden sollte und demgemäß das Landesorganisationskomitee zu Verhandlungen mit den Prinzipalen ermächtigt. Die ungarischen Kollegen stehen im Jahre 1910 überhaupt vor großen Aufgaben, denn auch der Budapest Tariff muß erneuert werden. Für den Fachverein wurde ebenfalls ein neues Statut geschaffen. Eine spezifisch ungarische Eigentümerliste ist die Art und Weise, wie böswillige Querulanten zur Räson gebracht werden. Nach dem Statute der Freien Organisation (Fachverein) muß auf erhobene Klage ein Schiedsgericht sich mit diesen immer sehr, sehr angenehmen Zwischenfällen beschäftigen und kann dem Mißfäter sogar auf eine Reihe von Jahren die Berechtigung zur Weiterbildung von Ämtern in der Organisation absperrhen wie auch über ihn auf bestimmte Zeit den gesellschaftlichen Boykott verhängen. Da hiergegen bei dem Kongresse Rekurs eingelegt werden kann

und derlei Vorkommnisse sich immer noch zu oft ereignen — im Juli d. J. demissionierte einmal das gesamte Organisationskomitee und gab dies durch eine Sondernummer bekannt, weil einige der schlimmsten Kräfteleer zur „direkten Aktion“ übergingen: die Bureaufenster und -türen zertrümmerten und die Beamten in lebensgefährlicher Weise bedrohten —, so hat ein Kongreß dann immer „große Wätsche“. Das war auch bei dem letztmaligen wieder der Fall. Von den sonstigen Beschlüssen sei noch erwähnt, daß man den Kollegen Julius Peidl, der bis Ende vorigen Jahres Redakteur des ungarischen Zeits des Verbandsorgans war, als Bevollmächtigten des Landesorganisationskomitees anstellte. Kollege Peidl, der, wie erinnerlich sein wird, von seinem Redakteurposten infolge der gegen ihn gerichteten Angriffe zurücktrat, ist dadurch rehabilitiert. Die Sache hatte aber einen Saßen und der Beschluß zeitigte deshalb noch unangenehme Folgen. Der langjährige deutsche Redakteur, Kollege Rothenstein, hatte bislang auch das Amt eines Bevollmächtigten inne. Er wäre nun gewungen gewesen, an den Saßen zurückzukehren und im Vereine mit dem ungarischen Redakteur das Verbandsorgan in gewissen Gebiete zu setzen. Zu alledem kam noch hinzu, daß dem jetzigen ungarischen Redakteur Preuß, der bisher nicht den gebotenen Erwartungen entsprochen haben soll, das Honorar erhöht wurde, während man es bezüglich des Kollegen Rothenstein beim alten beließ. Eine heisse Situation, die der Kongreß hinterließ, und es war deshalb auch ein durchaus nicht in Harmonie gesetzlicher Epilog, der den Kongreßverhandlungen im „Gutenberg“ vorangeführt wurde.

Die Nachwehen vom Kongresse waren denn auch wenig erfreulich. Nachdem im Verbandsorgane das Geplänkel über die im vorstehenden behandelte Personenfrage sich einige Zeit hingezogen, erließ Kollege Rothenstein, der deutsche Redakteur, Ende September eine Erklärung, daß er nach achtjähriger Tätigkeit von diesem Posten zurücktrete. Im Anschlusse hieran widerlegte das Landeskomitee einige Behauptungen des Kollegen Rothenstein über seine Stellungnahme in dieser Sache und behauptete das Scheitern Rothensteins lebhaft. Obwohl der Posten bereits ausgeschieden war, gelang es doch noch, die Gesichts wieder einzurenken. Mitte Oktober fand eine Vertrauensmännerkonferenz in Budapest statt, die dem Kollegen Rothenstein jeden Zweifel benahm, daß ihm der Kongreß habe zu nahe treten wollen, und die Aufforderung an ihn richtete, seinen zur allgemeinen Zufriedenheit ausgefüllten Posten weiter zu bekleiden. Das Landesorganisationskomitee schloß sich dieser Vertrauensumgebung an, Kollege Rothenstein erklärte sich befriedigt, leistete dem allseitigen Verlangen Folge — und alles war am 20. Oktober wieder gut!

Die Kündigung des Budapest Tarifs erfolgte am 1. November für den 30. April 1910. Dieser am 15. Oktober von den Vertrauensmännern gefaßte Beschluß spricht im weiteren Aus, daß eine Tarifrevision: nur im Sinne des Fortschritts denkbar und akzeptabel ist.

Der Kongreß der ungarischen Provinzprinzipale zeigte sich den von Segebin ausgehenden Scharfmachereien, mit den Gehilfen keine Tarifgemeinschaft mehr abzuschließen, erfreulicherweise unzugänglich. Die Prinzipalsversammlung glaubte aber nicht gar so deutlich diese Bereitwilligkeit aussprechen zu dürfen, und so hängte sie denn ihrer Resolution diesen nachdenklichen Satz an: „Jedoch macht er die in dieser Angelegenheit delegierte Kommission jetzt darauf aufmerksam, daß die sogenannten Nachfragen bei der neuen Vereinbarung auszufallen seien, nachdem diese bisher die Nachbasi der meisten Mißverständnisse bildeten“. Das ungarische Organ verlangt nun von den Prinzipalen eine Kommentierung dieses von ihnen aufgestellten Begriffs der Nachfrage. Ubrigens ist die Gehilfenschaft dem Vorsitzenden der Provinzprinzipale wenig gewogen, weil er den Tarif mit Füßen tritt. Wegen der Geschäftsführer des Verbandes der Provinzprinzipale muß sie fortwährend die schärfsten Seiten aufzählen, denn dieser Mann versieht den Standpunkt der Segebiner Scharfmacher und erbreitete sich sogar, in von dem Tarifschiedsgerichte gesperrte Druckerischen Arbeitswillige zu schicken.

Ein neuer Schriftgießer- und Stereotypertarif ist Mitte August in Kraft getreten. Der alte Tarif lief nach fünfjähriger Dauer Ende Juni d. J. ab. Die Prinzipale wollten ihn bis zum 30. April 1910, dem Ablauftermine des Buchdrucker Tarifs, verlängert wissen. Im Prinzip hatten die Gehilfen gegen die gleiche Geltungsdauer beider Tarife nichts einzuwenden, wenn die Vorkerhaltung der Autonomie Voraussetzung blieb. Sie verlangten jedoch eine materielle Entschädigung für die Zeit der Verlängerung. Die Prinzipale boten 2 Kr. und versprachen, die bei der Tarifrevision im Jahre 1910 eocent. eintretenden Verbesserungen mit rückwirkender Kraft bis 1. Juli 1909 einzuführen. Darauf ließen sich die Gehilfenvertreter nicht ein. Nun machten die Prinzipale ein ganz bemerkwürdiges Angebot, sie wollten nämlich dem Klub der Schriftgießer 5000 Kr. als Entschädigung für die Tarifverlängerung spenden. Die Gehilfenversammlungen verwarfen diesen „Vorschlag zur Güte“ natürlich erst recht. So blieb denn nichts andres übrig als Verhandlungen auf der Basis besserer tariflicher Bestimmungen wie seither. Es kam auch ein neuer Tarif zustande, der nun, wie schon erwähnt, seit Mitte August in Kraft ist. Nachfolgend eine Zusammenstellung der hauptsächlichsten Bestimmungen: 8 $\frac{1}{2}$ stündige Arbeitszeit und ein Minimum von 34 Kr.; für Freigesprochene 30 Kr. im ersten und 32 Kr. im zweiten Jahre. Monotypgießer erhalten am Tage bei einer Maschine 36 Kr., an zwei Maschinen 42 Kr.; bei Nacht an einer Maschine 42 Kr., an zwei Maschinen 48 Kr. In mehr als zwei

Maschinen darf ein Gelehrer nicht arbeiten. Die Lehrzeit an der Monotype beträgt sechs Wochen, während welcher das für Monotypgießer festgesetzte Minimum gezahlt werden muß. Zeitungstereotypen erhalten bei fortlaufender Arbeitszeit 40 Kr., bei unterbrochener Tag- und Nachtarbeit 46 Kr. Überstunden: Gelehrer pro Skone des Verdienstes 4 resp. 6 Heller, Stereotypere 3 resp. 4 Heller. Es sind dann für die einzelnen Arbeitszeiten und Arbeitszweige bestimmte Maximalentschädigungssätze für Überstunden festgesetzt, differierend von 1,30—1,90 Kr. Für außergewöhnliche Arbeiten wurde ferner eine Anzahl von Bestimmungen getroffen. Die Grundpreise des Berechnens wurden durchgehends um 5 Proz. erhöht. Die Überstundenentschädigung der Berechnenden beträgt pro Stunde 32 bzw. 38 Heller. Die Lehrlingsstafa, die bis zu 15 Gehilfen nach je drei Gehilfen einen, dann aber erst nach je fünf Gehilfen einen Lehrling zuläßt, enthält eine einschränkende Bestimmung, wonach, wenn die Zahl der Konditionslosen 10 Proz. der Arbeitenden erreicht, insoweit keine Lehrlinge aufgenommen werden kann, als die Zahl der Konditionslosen nicht unter das Maximum sinkt. Lehrlinge dürfen dort, wo keine Gehilfen beschäftigt werden, nicht gehalten werden. Die Gelehreren sind verpflichtet, die Lehrlinge zumindest in zwei Zweigen des Fachs auszubilden. In Betrieben, wo die Monotype eingeführt ist, kann der Lehrling im vierten Jahre seiner Lehrzeit an eine bei Tag im Betriebe befindliche Monotype gestellt werden. Im Effekt ist also eine halb-stündige Arbeitszeitverlängerung sowie eine fünfprozentige Lohnverhöhung erzielt worden.

Rußland. Die Vortrage der russischen Kollegen in organisatorischer Beziehung bildet der Rigaer Verein der im Buchgewerbe Tätigen. So lautet wörtlich der Titel der aus sechs Druckorten der Ostseeprovinzen sich zusammenfindenden gewerkschaftlichen Vereinigung deutsch-russischer Kollegen. Er hat nunmehr das erste Jahr seiner Wirksamkeit hinter sich und zählt 671 Mitglieder. Nichtbuchdrucker sind etwa 60 darunter vertreten (Buchbinder, Steinbrucker, Lithographen). Die Aufnahme der Hilfsarbeiter und Lehrlinge wurde von der im Februar d. J. stattgehabten zweiten Generalversammlung um ein Jahr hinausgeschoben. Sie findet starke Gegner, wird aber wohl Latzake werden. Der Verein ist sehr rührig. Seit 1906 besteht in Riga ein streng innegehaltener Tarif, für den bereits ein Verbesserer in Vorbereitung ist. Im September d. J. haben die vom Verein eingerichteten Fortbildungskurse begonnen. Es wird Russisch, Lettisch und Deutsch gelehrt sowie Unterricht im Fachzeichnen erteilt. Beherrschung dieser drei Sprachen ist für die baltischen Kollegen eine Notwendigkeit. Die Rigaer Organisation erfährt manche Anfeindung aus andren Arbeiterkreisen. Daß sie von derselben Art ist, wie man in Deutschland die Buchdrucker Jahrzehntlang bewertete und auch jetzt oft genug noch geringschätzend beurteilt, versteht sich von Rand. Indes haben die Kritiker der baltischen Buchdruckerorganisation ebenso wenig Recht wie die deutschen Kritiker. Mit den russischen Gewerkschaften und der Aufwärtsbewegung der russischen Arbeiterschaft ist es nämlich schlecht bestellt. In Petersburg finden nicht nur in immer größerem Maßstab Arbeiterentlassungen statt, sondern Lohnreduktionen von 15, 20 und 25 Proz. sind allgemein an der Tagesordnung. „Baltischer Bucharbeiter“ nennt sich das monatlich erscheinende, vom Kollegen Burin wirklich gut rebigierte Organ dieser russischen „Junft“, die hoffentlich ihre unbesonnenen Kritiker noch recht oft Lügen strafen wird.

Die fünf übrigen russischen Buchdruckerorganisationen sind: Verein der Arbeiter der graphischen Künste in St. Petersburg, Professioneller Verein der Buchgewerbetreiber in Moskau, Buchdrucker und verwandte Gewerbe in Warschau, Buchdruckerverband in Lodz, Professioneller Verein der Druckerarbeiten in Wilna. Über diese kollegialen Vereinigungen mit gewerkschaftlicher Tendenz ist nur wenig in Erfahrung zu bringen. Und das Wenige ist häufig nicht einmal gut.

Der Petersburger Verein zählt nur noch 500 Mitglieder. Welch ein Unterschied zwischen jetzt und 1905, dem Höhepunkte der revolutionären Bewegung — jetzt 500 und damals 5000 Mitglieder! Die Zustände in den Petersburger Druckerien werden zusehends schlechter. Auch in den deutschen Zeitungen gestalten sich die Verhältnisse ungunstiger.

Finnland. Am 7. September feierte der Typographische Verein zu Helsingfors sein vierzig-jähriges Bestehen. Eine größere Festlichkeit fand aus diesem Anlaß im „Volkshaus“ statt. In seiner Festrede gab Kollege F. Helgen einen Rückblick über die Tätigkeit des Vereins, welchem wir folgendes entnehmen: Der Verein wurde im April 1869 unter dem Namen „Leseverein der Typographen“ gegründet. Sein Zweck war, Abendunterhaltungen abzuhalten zur Bildung und zum Vergnügen der Mitglieder. In diesen Abenden wurden Werke der schätzenswerten Literatur vorgelesen, Vorträge gehalten und Gesang und Musik gepflegt. Des weitern hatten die Mitglieder das Recht, im Vereinslokale Spirituosen zu trinken, so viel sie wollten, oder als der „Ordnungsmann“ zuließ. Im Jahre 1872 beschloß der Verein einen Streik zur Erreichung eines höheren Lohns. Erreicht wurde ein um 10 Pennis höherer Lohn per 1000 „Firtant“ (Gewerte). Dieser Streik ist wohl der erste seiner Art in Finnland gewesen. 1889 wurde die „Buchdruckerzeitung“ gegründet als erstes sinnliches Fachblatt. Vorher hatte man sich mit einem geschriebenen Blatte begnügt. 1899 beschloß der Verein, für den 1. Mai die Prinzipale um einen halben freien Tag zu bitten, was bewilligt wurde. Im selben Jahre ging man auch an die Ausarbeitung eines Tarifs, der bei den Prinzipalen

auf großen Widerstand stieß. Es entspann sich ein längerer Briefwechsel, der jedoch kein anderes Resultat zeitigte, als daß sämtliche Gehilfen ihre Prinzipale innerhalb dreier Tage um Antwort ersuchten. Jedoch erfolglos, und so wurde die Arbeit niedergelegt. Doch schon am vierten Tage akzeptierte man ein Angebot der Prinzipale und am fünften Tage war die Arbeit wieder im gewohnten Gange. Der wesentlichste Vorteil dieser Tarifbestimmung war die Abschaffung der Fixtarifberechnung. Doch bereits 1892/93, in den Notstands- und Niedergangsjahren Finnlands, wo die gesamte Industrie darniederlag, mußten die Gehilfen einen außerordentlich verschlechterten Tarif der Prinzipale annehmen. Die bemerkenswerteste Begebenheit innerhalb des Vereins war die Feier des 250jährigen Jubiläums der Buchdruckerkunst, an der auch die Prinzipalität und die Belehren der Hauptstadt teilnahmen. Viele Gehilfen der Provinz waren zu diesem Fest erschienen, und Kollege Franz Ahlroos benutzte die Gelegenheit, um die Anregung zur Gründung des finnischen Typographenbundes zu geben, der denn auch am 1. Januar 1897 ins Leben trat.

Es wurde bereits früher einmal an dieser Stelle die Vorliebe der finnischen Kollegen für geistige Getränke erwähnt, und auch, daß diese Leidenschaft einen derartigen Umfang angenommen hatte, daß sich der Bundesvorstand veranlaßt sah, ein ernstes Mahnwort an die Mitglieder zu richten, da das Blauwachen in einem ganz bedenklichen Grad eingewickelt war. Viel scheint es nicht genügt zu haben, wie aus einem Briefe hervorgeht, der von einem norwegischen Kollegen in Helsingfors stammt und in dem norwegischen Verbandsorgan veröffentlicht wurde. „Wir bekommen“, so heißt es in dem Briefe, „zweimal Bohn im Monat (am ersten und letzten). Da ist dann allgemein, daß einige, manchmal die Hälfte vom Personal, am nächsten Tage nicht zur Arbeit erscheinen, ja manchmal die ganze Woche fortbleiben. Wenn sie dann wiederkommen, erhalten sie einen kleinen Zwieback“ (auf deutsch: „Hering“) und dann wird wieder draufgeschloffen bis zur nächsten Rechnung. „Sozialdemokraten“ erscheint stets acht Seiten stark, im Sommer aber meistens nur mit vier Seiten. Die Kollegen kennen den Grund dafür ganz genau. . . . Ein Blatt in Labo erschein ein mit einer blanken Seite und einer Notiz, daß wegen „Typographenkrankheit“ das Blatt ein derartiges Aussehen erhalten hatte. Wie man sieht, ist hier eine Zensurbücherei, das kommt aber auch zum großen Teile mit davon, daß man hier nicht weniger als zwei Liter Branntwein zu kaufen bekommt. . . . Der norwegische Kollege, von dem diese Zeilen herrühren, stellt den finnischen Kollegen damit ja ein nettes Zeugnis aus, auch scheint er von der entgegengesetzten Kolonne zu stammen und deshalb wohl auch etwas zu übertreiben. Immerhin müssen aber die so intelligenten Finnen gewisse Gründe haben, „vor dem Herrn“ „die von dem „Herrn“ in Deutschland seitens der Arbeiterzunft geübten Schnapsbockste wenig erbaut sein würden. Das Mahnwort des finnischen Verbandsvorstandes wird darum hoffentlich eine kräftige Entschärfung zur Folge haben.

Korrespondenzen.

Afchersleben. Die am 17. Oktober hier abgehaltene Herbstbezirksversammlung war von 88 Kollegen besucht: Afchersleben 52, Wernburg 16, GutsMuths 4, Halle 3, Staßfurt 13. Nach einem Begrüßungsliede des Gesangsvereins Gutenbergs befaßte sich die Versammlung zunächst mit einigen geschäftlichen Sachen. Hierauf erhielt Kollege Schäffer das Wort zu seinem Vortrag: „Unsere Aufgaben in gegenwärtiger Zeit nach innen und außen“. In gut 1 1/2 Stunden erledigte Referent sich seiner Aufgabe und schloß mit einem warmen Appell an die Kollegen, fest zusammenzutreten in dieser ersten Zeit, seinen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag. Aus den Situationsberichten ist zu entnehmen, daß bei der Firma Faach in Mansfeld traurige Zustände herrschen. Bei einem Gehilfen werden acht Belehrlinge beschäftigt, die bis spät abends schweigen müssen. Von Heiligung des Sonntags ist auch nichts zu vernehmen. Diese Angelegenheit ist jetzt energisch in die Hand genommen. Der Bericht von GutsMuths brachte eine heitere Szene. Wurde doch unser dortigen Kollegen von Herrn Landrat in Mansfeld ein Wort mit dem Jaunpfaße gegeben, sie möchten, wenn sie wieder eine Bergarbeiterversammlung besuchen, keinen Beifall spenden!! Ob der Herr Landrat, dies auf seine Person angewandt, nicht gegen eine solche Zumutung protestieren würde? Der Herr Landrat hätte besser getan, wenn er der Firma Faach in Mansfeld einmal einen andern Wink zukommen ließ. Unter „Verschiedenes“ wurde ein Antrag angenommen, die nächste Bezirksversammlung mit den beiden Bezirken Halberstadt und Quedlinburg zusammen abzuhalten. Nach einem kurzen Schlußworte des Referenten wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf den Verband geschlossen. Abends fand zur Unterhaltung der auswärtigen Kollegen ein Tanzabend statt.

Halberstadt. Am 21. Oktober fand die diesjährige Herbstbezirksversammlung hier selbst im „Gewerkschaftshaus“ statt. An derselben nahmen teil aus Halberstadt 65, Wernigerode 21, Osterwieck 16, Afchersleben 5, Halle, Schwanebeck und Wingerode je 1 Kollege, so daß sich die Gesamtteilnehmerzahl auf 110 Kollegen belief. Vom Gauvorstande war Kollege Müllner erschienen. Nach einem Begrüßungsliede der Halberstädter Typographia sowie einigen Begrüßungsworten des Bezirksleiters Treff (Halberstadt) nahm die Versammlung ihren Anfang. Die gewohnheitsmäßigen Punkte, wie Verlesung des Protokolls

und Berichte aus dem Bezirke, fanden rasche Erledigung. War im großen und ganzen von den Bezirkeorten nichts Besonderes mitzuteilen, so mußte seitens des Vororts über eine enorm hohe Arbeitslosenzahl (30 Proz.) in den letzten Monaten gellagt werden. Nunmehr wurde die Aufmerksamkeit der Kollegen auf den Hauptpunkt unserer Versammlung gelenkt, und das war das Referat unsers Gauvorstehers König: „Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften“. In einverleiblichen Ausführungen verstand es der Referent, die Aufmerksamkeit der Kollegen zu fesseln und wurde ihm zum Schluß reichlicher Beifall zuteil. An der Diskussion beteiligte sich nur Kollege Gille (Osterwieck). Man schien im allgemeinen der Ansicht zu sein, durch längere Diskussionsreden den Eindruck, den das sehr aktuelle Referat hinterlassen, zu verwischen. Ein zum nächsten Punkte vom Ortsvereine Halberstadt gestellter Antrag betreffs Zusammenlegung der im Frühjahr abzuhaltenden Versammlungen der Bezirke Afchersleben, Quedlinburg und Halberstadt fand seine Erledigung, indem seitens des Gauvorstehers erklärt wurde, daß voraussichtlich im Frühjahr ähnlich wie in den Gauen Rheinland-Westfalen und Bayern größere Versammlungen in unserm Gau abgehalten werden sollen. Ein Mitglied des Zentralvorstandes oder der Redaktion werde in selbigen wohl ein einheitliches Referat übernehmen. Als Ort der nächsten Herbstbezirksversammlung wurde Wernigerode gewählt. Mit einem Hoch auf den Verband wurde nach Erledigung einiger minder wichtigen Angelegenheiten die Versammlung geschlossen. — War den auswärtigen Kollegen vor der Versammlung in technischer Beziehung etwas geboten, indem eine vom Graphischen Bildungsverein arrangierte Druckausstellung in Augenschein genommen werden konnte, so hatte man nach der Versammlung dafür Sorge getragen, daß die Gemütlichkeit und Geselligkeit bis zur Abfahrt der Züge in ihre Rechte trat.

Halberstadt. Der hierorts bestehende Graphische Bildungsverein veranstaltete im Anschluß an die Bezirksversammlung vom 17. bis 24. Oktober eine Druckausstellung, in der auch die Johannisfestdrucke ausgelegt waren. Die Ausstellung konnte sich eines guten Besuchs erfreuen und fand das Arrangement Anerkennung. Dieser gute Erfolg soll uns zu weiterer Arbeit anspornen, und hoffen wir, daß noch recht viele Kollegen uns durch ihren Beitritt und ihre Mitarbeit unterstützen. Für die Überlassung von Ausstellungsmaterial sagen wir hiermit den typographischen Gesellschaften sowie den verehelichten Firmen unsern Dank.

Mühlhausen i. G. Während die im Monate September abgehaltene außerordentliche Versammlung, in welcher das Gauvorstandsmitglied Oskar Gärtner über die Gauvorsteherkonferenz referierte, bedauerlicherweise ein schlechtes Bescheid aufwies, erfreute sich die am 24. Oktober stattgehabte ordentliche Bezirksversammlung einer regen Teilnahme der Mitglieder; besonders der auswärtigen. Unter „Vereinsmitteilungen“ wies der Vorsitzende zunächst auf die große Anzahl der Konditionslosen (18) hin, eine Zahl, die bei gewöhnlichen Zeiten noch nie erreicht wurde. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Stadt beabsichtigt, in nächster Zeit eine Arbeitslosenversicherung nach dem Center System einzuführen und dieserhalb eine Sitzung der Stadtverwaltung mit den Arbeitslosenunterstützung zahlenden Gewerkschaften auf dem Rathause stattfand. Das Gewerkschaftsstatut nahm in einer seiner Sitzungen zum Regulativ dieser Verordnungsstellung und beantragte einige notwendige Änderungen. Ausgeschlossen wurden wegen Konditionsannahme in nichttarifreuen Offizinen der Bruder Wilhelm Richter aus Wörmis und der Geiger Johannes Heß aus Walbalgesheim bei Vingerdrick. Ersterer kam aus Berlin, wolebster er noch Arbeitslosenunterstützung bezog, zugereist, letzterer von Frankfurt a. M. Aus dem Vierteljahresberichte des Kassierers war zu entnehmen, daß die Verbands- und die Kaufsine ein Defizit von 795,75 Mk. infolge der hohen Krankenziffer (583 Tage) hatten. Die Kartellbelegierten gaben bekannt, daß die große Mehrzahl der hiesigen Gewerkschaften von einem obligatorischen Beiträge zum Fonds zur Erbauung eines Gewerkschaftshauses nichts wissen wolle. Das diesjährige Stiftungsfest soll durch Bankett mit Ball, verbunden mit einem Verbandsjubiläum, gefeiert werden. — Eine rege Tätigkeit entfaltet der hiesige Maschinenmeisterklub, der gegenwärtig einen Farbenmischerkurs durchführt. Auch der Typographische Klub erweitert das Wissen der Kollegen durch Tonplattenschnittkurse und Ausstellungen von Druckmaschinenwerken. Es kann den Kollegen nur empfohlen werden, sich diesen beiden Vereinen anzuschließen.

Sangerhausen. (Bezirksversammlung vom 24. Oktober im Gewerkschaftslokale „Gerrnütz“.) Zu derselben waren von 87 im Bezirke konstituierenden Mitgliedern 61 erschienen. Laut Präzisenliste verteilten sie sich auf die verschiedenen Druckorte folgendermaßen: Müllstedt 1, Artern 6, Eltrich 1, Nordhausen 37, Sangerhausen 16. Den Mittelpunkt der ganzen Versammlung bildete das Referat: „Eine Wanderung durch das Statut und die Vorstandsbeschlüsse“, gehalten von Gauverwalter Dils (Halle a. S.). Redner schilderte eingangs seiner Ausführungen in interessanter Weise die Organisationsbestrebungen der Buchdrucker vom 17. Jahrhundert an bis zum Jahre 1866, dem Gründungsjahr unsers Verbandes, und bis auf den heutigen Tag. Sodann behandelte Redner der Reihe nach in ausführlicher Weise die wichtigsten Paragraphen unsers Statuts und der Vorstandsbeschlüsse und erwähnte die Kollegen, speziell die Vorchriften der Auskunftserteilung einzuführen. Reicher Beifall wurde dem Kollegen Dils für seinen einseitigen

filmbigen, gut durchdachten Vortrag. Die Diskussion war deshalb auch nur eine kurze. Nach dem Berichte des Bezirksleiters und der Vertrauensleute der verschiedenen Orte hat sich die tarifliche Lage im Bezirke seit der Frühjahrsversammlung nicht verändert. Nur ist unsere Mitgliederzahl erfreulicherweise von 73 auf 87 gestiegen. Von 21 Druckereien in 10 Druckorten sind 18 Firmen tariffrei. Die Versammlung verurteilte in schärfster Weise die überaus hohe Belehrlingszahl der aus dem Tarifverzeichnis getriebenen Firma Louis Krenndt (Sangerhausen), nämlich am 8. Oktober sieben Belehrlinge und drei Gehilfen. Unter „Verschiedenes“ wurde auch auf die am 1. Januar 1910 in Kraft tretende Abänderung der Gewerbeordnung betreffs Durchführung neuer Schulbestimmungen für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter hingewiesen. Zum Schluß der Versammlung wurde folgender Antrag aus der Mitte der Versammlung angenommen: „Diejenigen Kollegen, welche den Bezirksversammlungen nicht von Anfang bis zu Ende beimohnen, sondern dieselben vorzeitig verlassen, gehen der Fahrgeldentbüdung verlustig.“ Dieser Antrag soll von nächster Bezirksversammlung an Gültigkeit haben. Die nächste Frühjahrsvorversammlung soll in Nordhausen stattfinden. Mit einem Hoch auf unsern Verband wurde die Versammlung 5 1/2 Uhr geschlossen. Jedoch betätigte sich, wie gewohnt, nach dem ersten Teile des Tags das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bezirkskollegen auch diesmal wieder bis zum Abgange der Züge in echt kollegialer und freundschaftlicher Weise.

-z. Stuttgart. Der schon oft getane Auspruch, daß die hiesigen Kollegen in Massen erscheinen, wenn es etwas Besonderes gibt, hat sich bei der am 27. Oktober im „Arbeiterheim“ abgehaltenen Mitgliedschaftsversammlung wieder einmal bewahrheitet, denn die Zahl 800 ist eher zu niedrig als zu hoch gegriffen, die zahlreich erschienenen Kollegen der umliegenden Druckorte nicht mit eingerechnet. Galt es doch, den Kollegen Graßmann, der im Oktober auf einer Agitationsstour durch Bayern und Württemberg begriffen war, kennen zu lernen. Der Vorsitzende Krie hieß die Erschienenen willkommen, worauf der Singsor des Gutenbergers „Ihr Wäcker, wachet auf!“ vortrug. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kollege Krie in ehrenden Worten der in den letzten Wochen verstorbenen Kollegen Espilner, Theiler, Hüpler, Kraft, Eisenmann, Lohner und Frech; alles treue, bewährte Kollegen, welche 15—35 Jahre der Organisation angehört. Nach Bekanntgabe einiger lokaler Angelegenheiten erteilte der Vorsitzende dem Kollegen Graßmann zu seinem Vortrage: „Die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe“, das Wort. In großen Zügen gab Referent zunächst ein Bild über die deutsche Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen, um dann auf die Lage in unserm Gewerbe im speziellen einzugehen, alle Vorommnisse im buchdruckerischen Leben in trefflichen Worten beleuchtend. Mancher der Anwesenden mag sich an die Brust geschlagen und gedacht haben: Auch ich gehöre zu einer der vom Referenten skizzierten Mitgliedergruppen! Mit großem Interesse verfolgten die Zuhörer die anderthalbstündigen Ausführungen des Referenten, mit reichem Beifalle nicht zurückhaltend. Der Vorsitzende dankte dem Referenten für sein ausgezeichnetes Referat, auch die Ruhe und Aufmerksamkeit der Versammlungsteilnehmer lobend hervorhebend, und sprach den Wunsch aus, keine Diskussion eintreten zu lassen, denn eine solche könnte dem Vortrage großen Eintrag tun. Etwaige Anfragen würden nach Möglichkeit beantwortet. Hiermit war die Versammlung einverstanden. Eine von einem Kollegen gestellte Anfrage, die zukünftige Stellung unsrer Tarifschiedsgerichte betreffend, wurde vom Referenten beantwortet. Nachdem noch der Kluphschluschor „Sei gegrüßt“ zu Gehör gebracht hatte, schloß der Vorsitzende mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker die imposant verlaufene Versammlung.

Rundschau.

Eine Teuerungszulage im Betrage von 1,50 Mk hat die Buchdrucker von Max Köster in Nixdorf in Anbetracht der fortgesetzten steigenden Lebensmittelpreise aus eigener Initiative ihren Gehilfen gewährt. Ferner erhöhte die Firma die Bezüge der Belehrlinge und des Hilfspersonals um 50 Pf. bzw. 1 Mk.

Eine Neutralitätsverletzung glaubt uns die „Kölnische Volkszeitung“ andichten zu können, weil wir in Nr. 121 des „Korr.“ unter der Stichmarke: „Zentrum und christliche Gewerkschaften sind eins!“ die offizielle Sprachregelung von Arbeitern, „die in christlichen Gewerkschaften hervorragend tätig sind“, zur Deduktion und Unterscheidung der bei der letzten deutschen Finanzreform von der Zentrumspartei vertretenen volksfeindlichen Steuerpolitik als das bezeichnen, was sie ist: eine offiziöse Deklamation der christlichen Gewerkschaften als Hilfsgruppen der politischen Zentrumspartei. Alle Spitzfindigkeiten der bekanntesten Art und alle Buchstabenvervielfachungen aber daran nichts ändern, daß eben die vom Reichstagsabgeordneten Dr. Pieper in einem Rundschreiben an sämtliche Vertrauensleute der Zentrumspartei in ganz Deutschland gerichtete Aufforderung, große Vertrauensmännerversammlungen einzuberufen, unter Hinzugabe der hervorragend tätigen christlichen Gewerkschaften zur guten Vorbereitung großer Arbeiterversammlungen mit dem einzigen Zwecke, die Zentrumspolitik zu unterstützen, in unfern Augen nichts anderes darstellt als eine effektante Übereinstimmung mit dem Worte: (So riefung in der Zeilung.)

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 4. November 1909.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 128.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

„Partei und Gewerkschaften sind eins!“ Und lediglich die Tatsache, daß in geradezu fanatischer Weise auf christlicher Seite mit diesem Ausspruch eines Vertreters der freien Gewerkschaften bei allen möglichen und unmöglichen Anlässen haufieren gegangen wird, selbst in Fällen, wo schwarz auf weiß nachzuweisen ist, daß Partei und Gewerkschaften eben nicht eins sind, hat es uns praktisch erscheinen lassen, an der Hand des fraglichen Mundschreibens einmal zu zeigen, wie wenig man gerade auf christlicher Seite Ursache hätte, mit Steinen zu werfen, da man „drüben“ selbst im Glashaufe sitzt. Diese Feststellung hat so wenig mit Politik und Religion zu tun, daß wir erstaunt sind, in dieser Weise von der gedachten Zeitung „belehrt“ zu werden. Daß wir im übrigen bezüglich der neuerzeitigen deutschen Finanzreform wenig Ursache haben, mit dieser Gange der Dinge zufrieden zu sein und dabei unserer Unzufriedenheit auch jenen Parteien gegenüber zum Ausdruck zu bringen und gestatten, die ihre Macht und ihren Einfluß zu der neuen ungerechten Verteilung der Reichslasten hergeben haben, so hat das seine Gründe in unsren rein gewerkschaftlichen Aufgaben und Zielen, über die wir uns aber an dieser Stelle mit der „Kölnischen Volkszeitung“ nicht auseinandersehen wollen, weil wir eben von vornherein wissen, daß auf ein richtiges Verständnis von jener Seite nicht zu hoffen ist, da eben unsere Sache nicht die ihrige ist und leider auch nie werden wird oder nie werden kann, weil wir eben wirklicher Religion und wirklicher Politik nur neutral gegenüberstehen wollen und müssen, was aber auf jener Seite vollständig ausgeschlossen ist.

Das 25jährige Bestehen des Deutschen Buchgewerkevereins wurde am 30. Oktober in der Untenberghalle des Deutschen Buchgewerkeschafts in Leipzig durch einen Festakt gefeiert. Als Vertreter des Königs von Sachsen, der das Protektorat übernommen hat, beteiligte sich der neue sächsische Minister des Innern an dieser Feier; außerdem waren noch Vertreter des Deutschen Museums in München und des Buchgewerkevereins zu Brüssel anwesend. Nach dem Festakte wurde neben der in Nr. 117 des „Storr.“ schon erwähnten Jubiläumsausstellung auch die technische Abteilung des Museums eröffnet. Es befinden sich darin die im Auftrage der Königlich-Preussischen Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe geschaffenen Apparate zur Erläuterung der wissenschaftlichen Grundlagen der Photographie. Sie bilden die Einleitung zu der technischen Sammlung, die die Entfaltung der verschiedenen Erzeugnisse des Buchgewerkes veranschaulicht. Die ganze Feier in Verbindung mit dieser interessanten Ausstellung bot ein Bild fruchtbringender Tätigkeit für das ganze Buchgewerbe und war ein ehrendes Zeugnis für den Verein und seine uneigennützig, nur nach idealen Zielen strebende Tätigkeit.

Der Druck des geplanten Technoziklons des Vereins deutscher Ingenieure ist aufgegeben worden, weil, wie das „Journal für Buchdruckerkunst“ berichtet, eine gründliche Untersuchung ergeben hat, daß die im Laufe von fünf Jahren gesammelten 3/4 Millionen Wortgittel zum größten Teil ungenügend bearbeitet und für den Druck unbrauchbar sind, und daß ihre gründliche Sichtung, Bearbeitung und Vervollständigung die zur Verfügung stehenden Summen (Staats- und Reichszufuß 400000 Mk., Zufuß des Vereins 250000 Mk.) weit aus übersteigen würde. Unter diesen Umständen läßt der Verein die auf dieses Unternehmen bereits verwendeten 470000 Mk. verfallen.

Bei den Landtagswahlen in Baden wurden auch drei Mitglieder unsers Verbandes als Abgeordnete gewählt, und zwar in Karlsruhe, Bruch und Heidelberg-Eberbach. Ein vierter kam außerdem in Heidelberg-Stadt in Stichwahl, bei der er jedoch in der Minderheit blieb. Vom Konurse betroffen wurde der Besizer der Buchdruckerei H. F. Schäfer in Neu-Zfindenburg, Matthäus Reichum.

Leopold Sonnemann, der Gründer der „Frankfurter Zeitung“, die sich durch ihre ausgezeichnete und objektive Haltung in Politik wie im Wirtschaftsleben weitverworben hat, ist im Alter von 78 Jahren am 31. Oktober gestorben. In früheren Jahren war der Verstorbene Mitglied und Förderer der deutschen Arbeitervereine, auch war er Mitglied des Reichstags, dort wie auch sonst demokratische Grundzüge vertrittend.

Eine einwandfreie Persönlichkeit will der „nationale Bürger Lebius“ sein und außerdem kein Mann mit gerichtlich festgestellten Qualitäten. Der Redakteur der sozialistischen Wochenchrift „Die Hilfe“ war im ersten Fall anderer Meinung, und im letzteren Sinne war er etwas zu freimütig und glaubte in eine Polemik Sachen und Personen im Lager der „Selben“, deren geistiger Leuchtturm Ehrenbürger Lebius ist, in nicht umschriebener Weise benennen zu dürfen. Darauf verlangte der Herr Lebius eine Ehrenreklamation, die aber

von der Redaktion der „Hilfe“ abgelehnt wurde, was ihr eine Verleumdungsklage einbrachte. Das Schöffengericht lehnte sonderbarer Weise den vom Beklagten angebotenen Wahrheitsbeweis über die Qualitäten des Herrn Lebius ab und verurteilte den Redakteur der „Hilfe“, Dr. Heuß, zu einer Geldstrafe von 125 Mk. Die dagegen eingelegte Berufung war erfolglos. Die Ehre des Herrn Lebius ist also gerettet!

Bei der Gewerbegerichtswahl in Biebrich a. Rh. wurden für die Liste des freien Gewerkschaftsartikels 933 und für eine „christlich-nationale Koalition“ nur 176 Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung war gegenüber derjenigen vor drei Jahren mehr als doppelt so stark, und waren besonders die Anstrengungen der Christlichen äußerst intensiv, was jedoch nur das Gegenteil ihrer Wünsche brachte: neun Siege für die freien Gewerkschaften und nur einen für die religiösen und politischen Musterneutralen.

Teuren Besuch hatte vor einiger Zeit die Kasse des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Berlin. Einbrecher drangen nachts in das Bureau ein, erbrachen den Geldschrank und raubten daraus einen Betrag von etwa 8000 Mk. Von den Tätern fehlt bis heute noch jede Spur, was darauf schließen läßt, daß man es hier ebenso mit orts- und sachkundigen „Fachmännern“ zu tun hat, wie man dies leider auch bezüglich jener „schweren Jungens“ annehmen muß, die seinerzeit die Kasse unsers Berliner Gewerkevereins um 30000 Mk. heraubten.

Zeugnismang gegen einen Arbeitersekretär. Vor dem Schöffengericht in Frankfurt a. M. sollte der Arbeitersekretär in der Klage einer Ehegattin gegen ein Dienstmädchen auf Antrag der Klägerin vernommen werden. Der Arbeitersekretär verweigerte aber die Aussage über das, was ihm die Beklagte seinerzeit im Vertrauen auf seinen gewerkschaftlichen Vertrauensposten mitgeteilt hatte. Darauf machte der Vorsitzende den Zeugen auf die möglichen Folgen seiner Zeugnismanglung aufmerksam und belehrte die Klägerin, daß Arbeitersekretären nicht das gleiche Recht wie Rechtsanwältinnen und Urzten nach § 300 des Strafgesetzbuchs zusteht. Nachdem ein Verzicht, die Beklagte dazu zu bewegen, den Zeugen von der Pflicht der Verschwiegenheit zu entbinden, vergeblich endete, erklärte der Rechtsbeistand der Klägerin, daß er die moralische Verletzung der Zeugnismanglung durch den Arbeitersekretär anerkenne und deshalb auf seine Vernehmung verzichte. So kam es zwar zu keiner Zwangsmaßregel, aber der Fall zeigt, wie notwendig es ist, daß bei der Erhebung der neuen Strafprozeßordnung beachtet wird, Arbeitersekretären, Redakteuren und anderen Vertrauenspersonen das Zeugnismanglungsrecht überlassen, die ihnen in Ausübung ihres Amtes anvertraut werden, einzuräumen.

Ein vernünftiger Obermeister besitzt die Breslauer Tischlerinnung. Der Breslauer Holzarbeiter steht von jezt ab durch Tarifvertrag eine fünfprozentige Lohnerhöhung zu, die sich einzelne Innungsmeister zu zahlen weigern. In der letzten Innungsversammlung erklärte nun der Obermeister, daß er in seiner Eigenschaft als Leiter der Innung für durchaus notwendig halte, die Innungsmitglieder auf diese tarifliche Vereinbarung zu erinnern und sie aufzufordern, sich strikt an den Tarif zu halten. Er warnte ausdrücklich davor, ihn zu brechen. Es sei wohl leicht, zu Zeiten einer schlechten Konjunktur untertänig zu bezahlen, aber bei guter Konjunktur oder bei Erneuerung des Tarifs müsse sich das schwer und bitter rächen. Ein Standpunkt, den wohl alle, die für die Bedeutung des Grundgesetzes von Treu und Glauben noch etwas übrig haben, als selbstverständlich ansehen dürften. Wir nehmen aber davon besonders Notiz, weil eine derartig vernünftige Auffassung von einem Innungsoberrmeister ebenso selten zu verzeichnen ist, wie sie auch alle Achtung verdient mit Rücksicht auf den durchgängig reaktionären Boden, dem sie entspringen ist.

Briefkasten.

P. S. in Leipzig: Derlei Einsendungen müssen vom Vertrauensmann ausgehen und außerdem vom Vorstande beglaubigt sein. Erst dann tritt die Redaktion der Frage näher, ob und in welcher Form sich eine Aufnahme empfiehlt. — W. in G.: Die Bücher der „Deutschen Dichtergedächtnisprüfung“ sind nur zu empfehlen. — W. S. in Hamburg: Sie verkennen die Grundtendenz dieser Artikel ganz und gar. Es wird darin auf niemand und nichts Rücksicht genommen, sondern alles findet von hoher Warte aus Beurteilung. Daß tatsächlich die größte Objektivität beobachtet wird, beweisen uns zahlreiche anerkennende Zuschriften aus allen Kreisen des Gewerbes. Sie sind der einzige, dessen Meinung völlig entgegengesetzt lautet; warum, ist für uns durchaus klar. Die irtümliche Preisangabe über die „Typographe“ bewahrt der betreffende Mitarbeiter selbst am meisten. Wir haben auch sofort eine Richtigstellung gebracht. Wenn

Sie sich beim Verbandsvorstande beschweren wollten, könnte uns das nur angenehm sein. Ihr „liebesswürdiges“, aller objektiven Beurteilung bares und von nicht geringer Unkenntnis der Verhältnisse zeugendes Schreiben gewährleistet ja von vornherein großen Erfolg. — „Blattenkönig“: Soffentlich haben Sie keinen dauernden körperlichen Schaden davongetragen, denn der letzte Tage Dual war groß! — An die „Aktiven“ in Eberfeld: Besten Dank und Gruß! Der „Passive“.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechanruf Nr. 1119.

Königsberg i. Pr. Der Seher Eugen Gärtch aus Königsberg i. Pr. wird aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen beim Gaukassierer O. Herode, Sachheim 121 III, zu melden, andernfalls Ausschluß erfolgt. B. soll angeblich in Braunschweig sein.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung, Bericht vom Monate September 1909.

a) Auf der Reise: Übernommen vom vorhergehenden Monate 946 Mitglieder, aus Kondition kamen 259 (hiervon waren 70 noch zum Bezuge von Ortsunterstützung berechtigt), aus gegenseitigen Vereinen 251 (131 Verbands- und 120 gegenseitige Mitglieder, und zwar aus Österreich 102 Verb.- und 95 gegenf. Mitgl., aus Dänemark 11 Verb.- und 10 gegenf. Mitgl., aus der Schweiz 11 Verb.- und 7 gegenf. Mitgl., aus Luxemburg 2 Verb.- und 3 gegenf. Mitgl., aus Belgien 3 Verb.- und 2 gegenf. Mitgl., aus Holland 2 Verb.- und 1 gegenf. Mitgl., aus Frankreich 2 gegenf. Mitgl.), aus Konditionslosem Aufenthalt kamen 140 (hiervon bezogen 110 Mitglieder vorher Ortsunterstützung, und zwar 51 bis zu 10 Tagen, 18 bis zu 20 Tagen, 12 bis zu 30 Tagen, 8 bis zu 40 Tagen, 5 bis zu 50 Tagen, 6 bis zu 60 Tagen, 10 bis zu 70 Tagen, 5 bis zu 80 Tagen, 3 bis zu 90 Tagen, 2 bis zu 120 Tagen, 2 bis zu 130 Tagen, 7 bis zu 140 Tagen und 1 Mitglied 210 Tage); krank waren 10, zusammen 1606 Mitglieder (1397 Verbands- und 209 gegenseitige Mitglieder, hierunter 101 Österreicher, 50 Ungarn, 5 Norweger, 9 Dänen, 28 Schweizer, je 4 Franzosen und Schweden, je 2 Luxemburger, Kroaten und Serben, je 1 Belgier und Italiener). Von diesen auf der Reise befindlichen 1606 Mitgliedern hatten vorher geleistet: 1 unter 6 Beitr., 275 6—12 Beitr., 340 13—49 Beitr., 251 50—74 Beitr., 220 75—99 Beitr., 236 100—149 Beitr., 263 150—499 Beitr., 15 500—749 Beitr. und 5 Mitglieder über 750 Beiträge. Es traten wieder in Kondition 485 Mitglieder, gingen am Schlusse des Monats in das Gebiet gegenseitiger Vereine 229 (117 Verb.- und 112 gegenseitige Mitglieder, und zwar nach Österreich 89 Verb.- und 80 gegenf. Mitgl., nach Dänemark 11 Verb.- und 13 gegenf. Mitgl., nach der Schweiz 12 Verb.- und 14 gegenf. Mitgl., nach Luxemburg 2 Verb.- und 2 gegenf. Mitgl., nach Belgien 1 Verb.- und 3 gegenf. Mitgl., nach Holland 2 Verb.-Mitgl.), bei Schlusse des Monats verblieben konditionslos am Orte 151 (davon traten 50 in den Bezug der Ortsunterstützung), krank wurden 13, ausgeschlossen 1, auf der Reise verblieben 726, zusammen 1606 Mitglieder, und zwar 1323 Seher (erhielten 22951 Tage), 257 Drucker (erhielten 4241 Tage) und 14 Bießer, 8 Sterotypenreue und 4 Galvano-plastiker (erhielten insgesamt 410 Tage Unterstützung). Außerdem waren nach den Angaben der Reiseaufseherwalter 25 Nichtbezugsberechtigte (darunter 5 Dr.) und 22 Ausgesteuerte (darunter 3 Dr.) auf der Reise. Es wurden vorausgabt: In 902 Mitglieder für 15087 Reisetage (grüne Leg.) à 1 Mk. = 15087 Mk., an 704 Mitglieder für 12515 Reisetage (weiße Leg.) à 1,50 Mk. = 18772,50 Mk., an Porto 22,40 Mk., an Remuneration 559,30 Mk., in Summa 34441,20 Mk., hiervon 29 700,20 Mark an Verbands- und 4741 Mk. an gegenseitige Mitglieder, und zwar: 2373 Mk. an Österreicher, 1171 Mk. an Ungarn, 132 Mk. an Norweger, 136,50 Mk. an Dänen, 604,50 Mk. an Schweizer, 64 Mk. an Franzosen, 70 Mk. an Schweden, 7 Mk. an Luxemburger, 45 Mk. an Kroaten, 54 Mk. an Serben, 29 Mk. an Belgier und 5 Mk. an Italiener. — Im Verhältnis zu demselben Monate des Vorjahres wurde Reiseunterstützung gezahlt:

1909 an 1606 Mitgl. 27 602 Tage = 34 441,20 Mk.

1908 „ 1499 „ 24 419 „ = 27 456,10 „

mehr 1909 an 107 Mitgl. 3 188 Tage = 6 985,10 Mk.

b) Am Ort: Übernommen vom vorhergehenden Monate 1386 Mitglieder, neu hinzugekommen 2021, zusammen 3907 Mitglieder; hiervon waren berechtigt 1149 Mitglieder bis zu 70 Tagen, 2396 Mitglieder bis zu 140 Tagen, 223 Mitglieder bis zu 210 Tagen und 139 Mitglieder bis zu 280 Tagen. Es traten wieder in Kondition 1743 Mitglieder, gingen auf die Reise 110, wurden krank 21, ausgeschlossen 128, wovon 108 mit 70 Tagen, 17 mit 140 Tagen und 3 mit 210 Unter-

Stützungstage, zum Militär einberufen wurde 1, zu einem andern Berufe gingen 7, Unterstützung entzogen 9, im Bezuge der Unterstützung verblieben am Schlusse des Monats 1889 Mitglieder, **zusammen 3907 Mitglieder**, und zwar 3164 Geiger (erhielten 49388 Tage), 602 Drucker (erhielten 9005 Tage) und 98 Gelehrte, 32 Stereotypenreue und 11 Galvanoplastiker (erhielten zusammen 2096 Tage Unterstützung). — Diese 3907 Mitglieder verteilen sich auf die einzelnen Gauen wie folgt: Bayern 273 (darunter München 112, Nürnberg 55, Würzburg 21, Augsburg 18, Regensburg 11, Bamberg 6, Bayreuth 5, Erlangen 4), Berlin 986, Dresden 168 (darunter Stadt Dresden 131, Freiberg 9, Borna 5), Elsaß-Lothringen 49 (darunter Straßburg 25, Mülhausen 10), Erzgebirge-Vogtland 89 (darunter Chemnitz 29, Borna 7, Aue, Meersane, Plauen und Zwidaun je 6), Frankfurt-Hessen 134 (darunter Frankfurt a. M. 92, Offenbach 9, Kassel 8, Marburg 7, Siegen 6, Homburg 3), Hamburg-Altona 203, Hannover 108 (darunter Stadt Hannover 55, Braunshweig 23, Göttingen und Hildesheim je 6, Goslar und Osnabrück je 4), Leipzig 295, Mecklenburg-Lübbeck 25 (darunter Lübeck 9, Schwerin und Wismar je 3), Mittelrhein 135 (darunter Mainz 24, Darmstadt 22, Wiesbaden 20, Mannheim 14, Saarbrücken 11, Kaiserslautern 9, Saana und Ludwigshafen je 8, Heidelberg und Neustadt je 5), Nordwest 84 (darunter Bremen 45, Geseftimünde 10, Oldenburg 7, Leer 5), Oberrhein 81 (darunter Freiburg 31, Karlsruhe 27, Konstanz 6, Bahr 5, Lörrach und Balingen je 4), Oder 148 (darunter Potsdam 26, Stettin 20, Frankfurt a. O. 15, Neubabelsberg 12, Zossen 9, Eberswalde und Oranienburg je 8, Kottbus 7, Trebbin 6, Kolberg und Straßburg je 4), Osterrhein 40 (darunter Gera 17, Erfurt und Langensalza je 10, Weimar 8, Altenburg und Weimar je 6, Rudolstadt 5), Ostpreußen 41 (darunter Königsberg 24, Tilsit 4), Posen 25 (darunter Posen 14, Bromberg und Gissa je 4), Rheinland-Westfalen 375 (darunter Düsseldorf 39, Köln 37, Aachen 29, Essen 27, Elberfeld 21, Bochum 20, Köln 17, Dortmund 16, Wermun, Bielefeld und Krefeld je 13, Bonn 12, Gelsenkirchen 9, Münster 8, Hagen 7, Duisburg 6, Mülheim a. Rh., Solingen und Wesel je 5), An der Saale 186 (darunter Magdeburg 61, Halle 35, Halberstadt 15, Gröfenhainichen 9, Burg 8, Zeitz 6), Schlesien 193 (darunter Breslau 90, Görlitz 15, Waldenburg 12, Hirschberg 11, Liegnitz 8, Neuzode und Ratibor je 7, Weutßen und Brieg je 6, Ratibor und Neiße je 5, Glogau 4), Schleswig-Holstein 56 (darunter Kiel 32, Flensburg 5), Westpreußen 43 (darunter Danzig 25, Elbing 8), Württemberg 120 (darunter Stuttgart 92, Tübingen und Ulm je 7, Heilbronn 4). — Es wurden vorausgibt: In 1149 Mitglieder für 15309 Tage a. 1,50 Mt. = 22963,50 Mt. und an 2758 Mitglieder für 45130 Tage a. 1,75 Mt. = 78977,50 Mt., in Summa 101941 Mt. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Ortsunterstützung gezahlt:

1909 an 5513 Mitgl. 88041 Tage = 136882,20 Mt.
 1908 " 5311 " 80116 " = 109464,35 "
 mehr 1909 an 202 Mitgl. 7925 Tage = 26917,85 Mt.
 ausgezahlt. Nach der Anzahl der Tage (88041) sind daher 2935 Mitglieder (gegen 2671 Mitglieder im Vorjahre) den ganzen Monat September hindurch im Bezuge von Arbeitslosenunterstützung gewesen.
Gesamtausgabe im dritten Quartale (Juli bis September)
 1909: 439377,04 Mt. für 284021 Tage
 1908: 348307,70 " " 255864 "
 mehr 1909: 91069,34 Mt. für 28157 Tage.
 (ohne die mit der Quartalsabrechnung eventuell noch eingehenden Nachträge).

Sauptverwaltung. Das Quittungsbuch „Hamburg-Altona 982“, ausgefüllt auf den Namen des Druckers Adolf Demuth aus Hamburg, ging angeblich verloren. Dasselbe wird hiermit für ungültig erklärt.
Braunshweig. Vom 1. November ab wird die Reiseunterstützung wieder von 4½—5 Uhr beim Reiseleiterwarter H. Wt., Höfenstraße 2, ausgezahlt. Die Herren Verwalter der nachfolgenden Zahlstellen werden gebeten, die Durchreisenden hiervon in Kenntnis zu setzen.
Danzig. Der Drucker Wlth. Feist wird ersucht, sofort seine Adresse an Fr. Nagroski, Danzig, Petershagen a. d. R. 12 I, gelangen zu lassen. Da Fr. Feist wahrscheinlich auf der Reise befindet, werden die Herren Reiseleiterwarter gebeten, ihn hierauf aufmerksam zu machen.
Saarbrücken. Für den Geiger Franz Kruse liegt ein Brief aus Reichenberg beim Reiseleiterwarter. Die Herren Verwalter werden ersucht, den Kollegen R. darauf aufmerksam zu machen.

Versammlungskalender.
Ashersleben. Versammlung Sonnabend, den 6. November, abends 8½ Uhr, im „Kaiserhof“.
Chemnitz. Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 6. November, abends 8 Uhr, im Restaurant „Drei Raben“, Bräuerstraße.
Danzig. Versammlung Sonntag, den 7. November, vormittags 10 Uhr, im „Gewerbehause“, Heiligegeiststraße 52.
Dresden. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 7. November, vormittags 10½ Uhr, bei Wdm. Kaulbachstraße.
Flensburg. Vorstandssitzung heute Donnerstag, den 4. November, abends 9 Uhr, im „Goldenen Unter“.
Frankfurt-Offenbach. Maschinenmeisterversammlung Samstag, den 6. November, abends 9 Uhr, im „Kempferbräu“, Mainstraße 33.
Gera. Versammlung Sonnabend, den 6. November, abends 8½ Uhr, im Vereinslokale Heinrichsbrücke.
Görlitz. Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 6. November, abends 8½ Uhr, im Gründers Restaurant, Reichelstraße.
Grünberg i. Schl. Versammlung Sonnabend, den 6. November, abends 8½ Uhr, im Vereinslokale bei Büttel.
Hagen. Versammlung Sonntag, den 6. November, abends 8½ Uhr, im Andros Restaurant, Ludwigsstraße.
Leipzig. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 7. November, vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus“, Zeitzer Straße 32.
Lümburg a. d. E. Versammlung Sonnabend, den 6. November, abends 9 Uhr, im Vereinslokale.
Magdeburg. Bezirksversammlung Sonntag, den 14. November, vormittags 10 Uhr, in Jell i. B., Restaurant „Pfefferhütte“. Anträge bis 12. November an den Vorsitzenden.
Mentersch. Versammlung Sonnabend, den 6. November, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Waack, Mühlentstraße.
Oldenburg i. Gr. Versammlung Sonntag, den 7. November, vormittags 9½ Uhr, in der „Markthalle“. — Anschließend hieran Bezirksversammlung am nächsten Sonntag.
Radeberg. Versammlung Sonnabend, den 6. November, abends 8½ Uhr, im „Lindenhof“.
Weimar. Bezirksversammlung Sonntag, den 7. November, vormittags 10 Uhr, im großen Saale des „Volkshauses“ in Weimar.
Werdau. Versammlung Sonnabend, den 6. November, abends 8 Uhr, im Vereinslokale.
Zwickau i. S. Versammlung Sonnabend, den 6. November, abends 8½ Uhr, im Restaurant „Belvedere“, Zalkstraße 12.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.
Nächster Nachtrag
 zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1909.
 (Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb der Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme bei dem Tarifamt eintreffen, gelten die Firmen als aufgenommen.)
I. Kreis.
 Gschershausen i. Br.: Bruns, Karl.
 Westemünde: Bremer & Kücker.
II. Kreis.
 Essen (Ruhr): Fiesch, Peter; Koch, Heinr. Chr.
 Cupen: Esch & Co.
 Rön: Wagener, Karl.
 Wetter (Ruhr): Grever & Majest.
III. Kreis.
 Arnoldsheim im Taunus: Wirth, Phil.
IV. Kreis.
 Eisligen (Württ.): Semle, Georg.
 Ravensburg: Gutter, Robert.
V. Kreis.
 München: Buchdruckeri des „Wohnungs-Anzeigers“ (Johanna Steg); Sillander & Brandler-Pracht.
VI. Kreis.
 Erfurt: Bander & Co.
 Gera: Hütsche & Frieden.
 Weppin: Koch, Bernh.
 Tangermünde: Willmann, Rudolf.
VII. Kreis.
 Dresden: Schönwolt & Pieninger (Galvanoplastik).
 Oberplanitz: Schneider, Alfreb.
 Stolpen: Schulze, Ludwig (Zsch. P. Radisch).
VIII. Kreis.
 Berlin: Halbed, Konrad; Kreuschmer, Otto; Mandelstamm, S.; Michaelis & Neumann; Wollweber, Emil; Zumppe, Adolf, G. m. b. H.
 Weissen Jee b. Berlin: „Weissen Jeeer Tageblatt“, G. m. b. H.
IX. Kreis.
 Brieg: Albrecht, E. L.
 Glogau: Wulle, H.
 Schwenberg (Schl.): Dinger, H., vorm. L. Menzel.
X. Kreis.
 Waren i. M.: Langmaat, Paul.
XI. Kreis.
 Eberswalde: „Generalanzeiger für Eberswalde“ (W. Wagner).
 Aus dem Verzeichnisse der tarifstreuen Druckereien gestrichen wurden die Firmen:
 IV. A. Kreis: Nikolaus Helle in St. Wold.
 VI. Kreis: Heinrich Debes in Waltershausen.
 XI. Kreis: Ernst Vogdt in Breslau; Berthold Stiller in Liegnitz.
 Arbeitsnachweise betreffend.
 Magdeburg: Verwalter: Otto Pfeiffner, Albrechtstraße 4.
 Schiedsgerichte betreffend. (Gehilfenersatzwahl.)
 Hamburg: C. Steinhardt, C. Zimmermann.
 Kassel: F. Weibegahl, Vorsitzender, Mittelgasse 10 III;
 Grim, Gipp, Senkelmann, Meerwald, Wiegensstein.
 Koblenz: Gustav Dinkelmeier, Vorsitzender, Marktstraße 10 II.
 Leipzig: Karl Römer, Vorsitzender, Leipzig-Thonberg, Kreuzstraße 6 III.
 Wiesbaden: Adolf Chemnitz, Vorsitzender, Emser Straße 46, Stb. III.
 Berlin, 29. Oktober 1909.
 Georg W. Bügenstein, L. S. Giesede, Prinzipalvorsitzender, Gehilfenvorsitzender.
 Paul Schliebs, Geschäftsführer.

1909 an 3907 Mitgl. 60439 Tage = 101941, — Mt.
 1908 " 3812 " 55697 " = 82008,25 "
 mehr 1909 an 95 Mitgl. 4742 Tage = 19932,75 Mt.
 Die Ausgabe von 101941 Mt. verteilt sich auf die einzelnen Gauen wie folgt: Bayern 6463,25 Mt., Berlin 26359,25 Mt., Dresden 3741,50 Mt., Elsaß-Lothringen 1239,25 Mt., Erzgebirge-Vogtland 1960,50 Mt., Frankfurt-Hessen 3768 Mt., Hamburg-Altona 6382,50 Mt., Hannover 2668 Mt., Leipzig 6871,25 Mt., Mecklenburg-Lübbeck 639,50 Mt., Mittelrhein 3476,75 Mt., Nordwest 2161 Mt., Oberrhein 1882,75 Mt., Oder 3505,25 Mt., Osterrhein-Westfalen 1848,50 Mt., Ostpreußen 1064,75 Mt., Posen 614 Mt., Rheinland-Westfalen 11181,50 Mt., An der Saale 5082 Mt., Schlesien 5510,25 Mt., Schleswig-Holstein 1669,50 Mt., Westpreußen 1212,50 Mt., und Württemberg 2644,25 Mt.
 Insgesamt wurden auf der Reise und am Ort im Monate September

Faktor
 erste Kraft der dem Personal von zehn Köpfen mit Sakt und Energie vorsteht und die Interessen des Betrages auf der Basis des Tarifs strengstens wahr für keine Zeitungsdruckeri am Niedersteine g e l u c h t. Mitarbeit am Raster und Mettieren der Inserate Bedingung. Nur ältere, erprobte Herren wollen sich melden. Eintritt nach Vereinbarung. Werte Offerten unter Nr. 746 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.
 Wir suchen zur Zeitung unserer Druckerei (2 Schneid., 1 Ziegelpresse, 12 Personen Personal) einen tüchtigen
Schweizerdegen
 gefesteten Alters, dem an dauernder Stellung liegt und der energisch und sichbeweist den technischen Betrieb leiten kann. Die Stellung ist absolut selbständig, erfordert aber Umsicht und Energie. Werte Offerten mit Gehaltsforderung und Referenzenangaben an
 Gethge & Göltz, Buchdruckerei, W. a. m. b. H. 751
Akzidenzsetzer
 selbständige Kraft mit Katalogarbeiten vertraut, sofort für dauernd gesucht. Werte, ausführliche Offerten mit Referenzen und Gehaltsangaben erbeten an die **Schmannn'sche Buchdruckerei, Dresden, Bl.** [745]
Druckfilztuch, glatt oder wollig, liefern als Spezialität (im Rotation oder Schnellpressen) [752]
H. Adressen & Sohn, Hamburg.

Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.
 Mittwoch, den 17. November, vormitt. 11½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“:
Außerordentliche Generalversammlung.
 Die Tagesordnung geht den Mitgliedern gedruckt zu.
 Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.** [754]

Liegeldrucker
 nachweislich tüchtig im Autotypie u. Farben-druck, sofort für dauernd gesucht. Werte, ausführliche Offerten mit Referenzen und Gehaltsangaben erbeten an die **Schmannn'sche Buchdruckerei, Dresden, Bl.** [744]
Stereotypen
 mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut, für sofort in dauernde Stellung gesucht. Werte Off. mit Gehaltsforderungen und Zeugnisse abzugeben erbeten an **E. C. Weber, Schriftgießerei, Stuttgart.** [755]
Geübte Schriftleiterinnen
 sucht [738]
Schriftgießerei Klinsch, Frankfurt a. M.
Holz Stenographielehrer. (Gabelsberger) des erteilt Briefl. Ueber u. leichtr. U. Stud. S. Leiter d. Fernkurse d. Vereinig. Steuerg.-Ludwiger Buchdrucker in Deutschland, Münster i. W. [656]

Für graphische Vereinigungen!
 Eine graphische Bibliothek — darunter 15 Jahrgänge „Deutscher Buch- u. Steinbrucker“, „Schweizer Graph. Mitteilungen“, „Werbhändler“, „Saurbächer“, „Archiv“, „Deutsche Kunst und Dekoration“, „Matgeber“, „Inland Printer“, „Britisch Printer“ usw. usw. — ist für den festen Preis von 200 Mt. zu verkaufen. Was Jahrgänge nicht vollständig, tabellos erhalten und größtenteils gebunden. Werte Offerten unter Nr. 753 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.
Ferdinand Grahl
 aus Bremen, wo steckt Du? Es sucht Dich G. M., Werdau i. S., Sächsische Maschinenfabrik-druckerei. [748]
Dresden Buchdruck-Maschm.-Verein. Dresden
 Sonntag, den 7. November, vormittags 11 Uhr:
Monatsversammlung
 im Vereinslokale „Volkshaus“, U. a.: Vortrag des Arbeiterssekretärs Wlth. B. uck über: „Wissenswortes aus der Unfallversicherungs-gesetzgebung.“ [747]
 Um pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Brandenburgischer Maschinensetzer-Verein
 Sitz Berlin.
 Sonntag, den 7. November, früh 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15, Saal I:
Monatsversammlung.
 Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Vortrag des Kollegen Robert Glaser; 3. Neuaufräumen u. 4. Verschiedenes. — Die Vertrauensleute werden um Einsendung der noch ausstehenden Fragebogen ersucht.
 Allseitigen Besuch erwartet **Der Vorstand.** [749]
Graphische Vereinigung Dresden
 Freitag, den 5. November, abds. 8½ Uhr, im Vereinslokale, Restaurant „Zum Senefelder“, Kaulbachstraße 16:
SITZUNG. Gäste willkommen. **DER VORSTAND.**
Wer Fehler u. Maku-will, gebraucht **latur vermeiden** **Wo-Wo-Wo?**
Zeilenmaß 30 cm lang, mit allen Einstellungen, 20 Pf. 10 St. franco, Postf. gratis. C. Fried, Frankfurt, M., Böttcherstr. 25.
 Am 30. Oktober verstarb unser Kollege, der Sotzerinvalido
Albert Heinrich Steinert
 im Alter von 63 Jahren.
 Ehre seinem Andenken!
 Königsberg i. Pr., 31. Oktober 1909.
 Ortsverein Königsberg.